

Stress bei der Arbeit belastet die IV

Ärzte schreiben Arbeitnehmer zu schnell wegen psychischer Probleme krank, warnen Experten.

Von Markus Brotschi Bern
In der Schweiz werden Arbeitnehmer immer häufiger aus psychischen Gründen krankgeschrieben. Dies bestätigen mehrere Privatversicherer, bei denen Firmen ihre Angestellten gegen Lohnausfall versichern. Bei Helsana haben die Fälle von Tagelohnbezügen wegen psychischer Probleme von 2009 bis 2012 jährlich um 8 bis 10 Prozent zugenommen. Swica, die grösste Krankentagegeldversicherung, verzeichnete in den letzten Jahren einen stetigen Anstieg von Krankmeldungen wegen Depressionen.

Experten sehen die Zunahme der Absenzen aus psychischen Gründen als eine der Ursachen für den hohen Anteil an IV-Bezügen mit psychischen Diagnosen. Längere Absenzen am Arbeitsplatz aus psychischen Gründen stünden häufig am Anfang einer späteren IV-Rente, sagt Niklas Baer, Leiter der Fachstelle für Psychiatrische Rehabilitation der Psychiatrie Basel und. Oft verstecken sich hinter den Krankenscheibungen Probleme am Arbeitsplatz, die eigentlich gelöst werden müssten. Je länger Menschen mit psychischen Problemen dem Arbeitsplatz fernbleiben, desto schwerer falle ihnen die Rückkehr. «Die Ärzte schreiben ihre Patienten zu lange und zu undifferenziert krank», kritisiert Baer. Er fordert Richtlinien, die vorgeben, bei welchen psychischen Problemsituationen Krankenscheiben angezeigt ist.

Die Ärzte wehren sich gegen den Vorwurf, sie würden Patienten leichtfertig krankschreiben. Dennoch wollen auch sie dem Trend entgegenwirken. Die St. Gallen Ärztesellschaft hat ein neues Arbeitszeugnis entwickelt, das sich zunehmend in der ganzen Schweiz durchsetzt. Ziel ist, dass der Arbeitgeber mit dem Arzt die Arbeitsituation des Patienten bespricht. Zudem sieht im Zeugnis nicht nur, welches Arbeitspensum der Krankgeschriebene absolvieren kann, sondern auch, wie stark er am Arbeitsplatz belastbar ist. - Seite 5

Wie Hilfe in Abhängigkeit führen kann

Psychisch Kranke Jugendliche landen als junge Erwachsene häufig in der IV-Rente

Von Franziska Lauer
Basel. Lukas* wird zu Hause vernachlässigt, da seine Mutter psychisch krank ist. In der Schule ist er auffällig und diverse heilpädagogische, schulpsychologische und sozialarbeiterische Dienste sind involviert. Nach der Schulzeit werden diese abgesetzt, Lukas bricht die Lehre ab, wird psychotisch. Mithilfe von Eltern will er keine nehmen, er wird bei der IV angemeldet. Als er 19 Jahre alt ist, bekommt er eine IV-Rente. Alle zwei Jahre erhält er fortan einen Fragebogen, ob sich sein Zustand verbessert habe. Dies sei nicht der Fall, sagen er und verschiedene Ärzte.

Jugendtrends scheint da schiefzulaufen. Viele Kinder, die schon in ihrer Jugend therapiert wurden, bleiben auch als junge Erwachsene in einem Abhängigkeitsverhältnis. Und immer mehr von ihnen bekommen später eine IV-Rente. Wie eine kürzlich publizierte OECD-Studie aufzeigt, erhalten eine solche in der Schweiz jedes Jahr neu 1300 junge Erwachsene wegen psychischer Probleme. Während die Zahl älter IV-Bezügler jährlich kleiner wird, nimmt diejenige bei den 18- bis 24-Jährigen zu. Seit 1993 hat sich die Zahl junger IV-Bezügler mit psychiatrischer Diagnose fast verdreifacht. Und dies, obwohl sich immer mehr Fachleute um psychisch angeschlagene Jugendliche kümmern.

Einsamer Warner

Niklas Baer von der Psychiatrie Basel und ist gar nicht glücklich über diesen Trend. «Die Professionsmiseration hat nicht verhindert, dass diese jungen Menschen aus der Arbeitswelt ausgegliedert werden», sagt der Mitarbeiter der OECD-Studie. Er fordert, psychisch Kranke besser in die Arbeitswelt zu integrieren und Jugendlichen nur in Ausnahmefällen eine IV-Rente zuzusprechen. Denn solange in der Behandlung nicht aktiver und nachhaltiger auf die Eingliederung hingearbeitet werde, blieben die professionellen Betreuungsmöglichkeiten ungenutzt. Ein zu enges Behandlungsverständnis und fehlende Kontakte zu Ausbildungsverantwortlichen und zur IV führen nicht selten zu einem betreuten Ausritt aus der Gesellschaft. «Therapie ist wichtig, aber das reicht nicht aus», sagt Baer. Es fehle der Integrationsdruck, damit die Jugendlichen in der Arbeitswelt Fuss fassen können.

Zahlen in Basel

Auch in Basel-Stadt steigt die Zahl der Neurenten bei jungen Erwachsenen aufgrund psychischer Probleme von Jahr zu Jahr. Während im Jahr 2003 noch 30 eine Frührente aufgrund von Psychosen und Psychoneurosen erhielten, waren es im Jahr

Wie Hilfe in Abhängigkeit führen kann

Psychisch Kranke Jugendliche landen als junge Erwachsene häufig in der IV-Rente

Von Franziska Lauer
Basel. Lukas* wird zu Hause vernachlässigt, da seine Mutter psychisch krank ist. In der Schule ist er auffällig und diverse heilpädagogische, schulpsychologische und sozialarbeiterische Dienste sind involviert. Nach der Schulzeit werden diese abgesetzt, Lukas bricht die Lehre ab, wird psychotisch. Mithilfe von Eltern will er keine nehmen, er wird bei der IV angemeldet. Als er 19 Jahre alt ist, bekommt er eine IV-Rente. Alle zwei Jahre erhält er fortan einen Fragebogen, ob sich sein Zustand verbessert habe. Dies sei nicht der Fall, sagen er und verschiedene Ärzte.

Jugendtrends scheint da schiefzulaufen. Viele Kinder, die schon in ihrer Jugend therapiert wurden, bleiben auch als junge Erwachsene in einem Abhängigkeitsverhältnis. Und immer mehr von ihnen bekommen später eine IV-Rente. Wie eine kürzlich publizierte OECD-Studie aufzeigt, erhalten eine solche in der Schweiz jedes Jahr neu 1300 junge Erwachsene wegen psychischer Probleme. Während die Zahl älter IV-Bezügler jährlich kleiner wird, nimmt diejenige bei den 18- bis 24-Jährigen zu. Seit 1993 hat sich die Zahl junger IV-Bezügler mit psychiatrischer Diagnose fast verdreifacht. Und dies, obwohl sich immer mehr Fachleute um psychisch angeschlagene Jugendliche kümmern.

Einsamer Warner

Niklas Baer von der Psychiatrie Basel und ist gar nicht glücklich über diesen Trend. «Die Professionsmiseration hat nicht verhindert, dass diese jungen Menschen aus der Arbeitswelt ausgegliedert werden», sagt der Mitarbeiter der OECD-Studie. Er fordert, psychisch Kranke besser in die Arbeitswelt zu integrieren und Jugendlichen nur in Ausnahmefällen eine IV-Rente zuzusprechen. Denn solange in der Behandlung nicht aktiver und nachhaltiger auf die Eingliederung hingearbeitet werde, blieben die professionellen Betreuungsmöglichkeiten ungenutzt. Ein zu enges Behandlungsverständnis und fehlende Kontakte zu Ausbildungsverantwortlichen und zur IV führen nicht selten zu einem betreuten Ausritt aus der Gesellschaft. «Therapie ist wichtig, aber das reicht nicht aus», sagt Baer. Es fehle der Integrationsdruck, damit die Jugendlichen in der Arbeitswelt Fuss fassen können.

Zahlen in Basel

Auch in Basel-Stadt steigt die Zahl der Neurenten bei jungen Erwachsenen aufgrund psychischer Probleme von Jahr zu Jahr. Während im Jahr 2003 noch 30 eine Frührente aufgrund von Psychosen und Psychoneurosen erhielten, waren es im Jahr

2013 schon 42. Und dies, obwohl die Neurenten in den älteren Altersgruppen seit dem Jahr 2003 stark gesunken sind.

An der Bevölkerungszahl kann es nicht liegen. Diese hat in Basel-Stadt zwischen 2003 und 2012 zwar zugenommen, aber bei den unter 19-Jährigen abgenommen. Bei den 20- bis 24-Jährigen ist sie gleich geblieben. Auch im gesamtschweizerischen Durchschnitt schwang der Kanton Basel-Stadt oben aus. Während schweizweit rund 0,19 Prozent der jungen Erwachsenen eine IV-Rente bezichnen, sind es in Basel 0,38 Prozent. Diese Zahlen können allerdings auch als städtisches Phänomen interpretiert werden. 70 Prozent von diesen jungen Erwachsenen bekommen eine Rente aufgrund von psychischen Diagnosen, vielfach wegen ADHS (Aufmerksamkeitsdefizit-Hyperaktivitäts-Störung).

Überrasch war ein Lehrer aus der Region Basel, als sein Sohn mit ADHS im Alter von 18 Jahren unproblematisch eine Rente erhielt. «Da habe ich selber gestaunt», sagt er und fügt hinzu, dass dieser Zustand natürlich hochwillkommen sei. Eine Minimalrente ergibt monatlich 1170 Franken. Hinzu kommen häufig Ergänzungsleistungen, um die Lebenshaltungskosten zu decken.

Niklas Baer findet ein solches Vorgehen problematisch. Bei Jugendlichen im Alter zwischen 18 und 20 Jahren solle man seiner Meinung nach noch gar keine Rente aussprechen. «Damit richtet man mehr Schaden an, als dass es nützt», sagt er. Es drohe die gesellschaftliche Ausgrenzung und diese lasse sich durch Geld nicht wettmachen. Er sieht die Gefahr, dass junge Erwachsene so den Weg ins Arbeitsleben gar nie mehr schaffen. Diese Fehlstuerung begimme häufig schon in der Schule. «Viele Schüler müssen eine Therapie machen, doch die Koordination und die langfristige Begleitung fehlen», sagt er. Beim Umgang erwähnten Beispiel von Lukas verbesserte sich die Lage erst, als bei ihm im Alter von 27 Jahren ein Betriebsrater aktiv eintrifft. Nachdem ihn darauf die IV verpflichtete, Medikamente zu nehmen und regelmässig in Behandlung zu gehen, verbesserte sich sein Zustand. Nun konnten Eingliederungsmaßnahmen angepackt werden.

Zusammenarbeit mit Schulen

Rolf Schlammann, Leiter der IV-Stelle Basel-Stadt, ist die Problematik durchaus bewusst. Er stellt jedoch die Zahlen als absolute Aussage infrage: «Sie sind viel zu klein, um einen Trend auszumachen», sagt er. Vor allem auch, weil sie volatil seien: «Das kann in einem Jahr schon wieder ganz anders aussehen.» Ausserdem seien zwar die Neuzusprechen

Medizin- und Psychologie

Psychostress beim Job: Greift der Arzt zu rasch zum Stiff?

Absenzen bei der Arbeit aus psychischen Gründen werden häufiger. Oft kommt prompt das Atzzeugnis. Zu schnell, erhebt nun die Kritik.

Im Jahr 2012 fehlten die Arbeitnehmerinnen in der Schweiz aus gesundheitlichen Gründen während 182 Millionen Stunden am Arbeitsplatz. Für rund 70 Prozent dieser Absenzen war der Grund eine Krankheit. Zunehmend werden Arbeitnehmerinnen mit psychischen Diagnosen krankgeschrieben, meistens wegen Depressionen. Diesen Trend bestätigen mehrere grosse Tagelgeldversicherungen. Heilsana, eine der Grossen im Tagelgeldgeschäft, verzeichnete zwischen 2009 und 2012 eine jährliche Zunahme der psychisch begründeten Krankenschreibungen um 8 bis 10 Prozent. 2009 betrug bei Heilsana der Anteil der Tagelgeldleistungen wegen psychischer Diagnose noch 16 Prozent, mittlerweile liegt er bei 20 Prozent. Bei der CSS beträgt der Anteil über den Zeitraum von 2007 bis 2012 rund 25 Prozent.

Ebenfalls eine stetige Zunahme der Tagelgeldzahlungen aus psychischen Gründen meldet Swica, mit einem jährlichen Prämienvolumen von 560 Millionen Franken die grösste Krankentagegeldversicherung. Fast immer werde aus psychischen Leiden eine Depression angeführt, sagt Swica-Sprecherin Silvia Schindrig. 2011 erfolgten bei Swica 10,3 Prozent der Tagelgeldzahlungen wegen dieser Diagnose, 2012 waren es 12,2 und 2013 bereits 12,7 Prozent.

Oh konträrproduktiv

Dass in der Schweiz Arbeitnehmer zunehmend aus psychischen Gründen krankgeschrieben werden, stelle vor einigen Monaten auch die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) in einem Bericht fest. Niklaus Baer, der am OECD-Bericht beteiligt war, beobachtet diese Krankenschreibungen seit längerer Zeit mit Sorge. Denn längere Absenzen am Arbeitsplatz aus psychischen Gründen ständen häufig am Anfang einer späteren IV-Rente, sagt der Leiter der Fachstelle für psychiatrische Rehabilitation der Psychiatrische Baselland. Oft verstecken sich hinter der psychiatrischen Diagnose Probleme am Arbeitsplatz. «Häufig wird aus Konflikten heraus krankgeschrieben, statt dass der Arzt den Kontakt zum Arbeitgeber sucht und vermittelt. Ärzte schreiben ihre Patienten zu lang und zu undifferenziert krank», kritisiert Baer. In diesen Fällen sei die Krankenschreibung Kontraproduktiv. «Denn die Angst des Betroffenen, an den Arbeitsplatz zurückzukehren, wird mit der Dauer der Absenz immer grösser.» Zudem steigen der Ärger im Team und die Wahrscheinlichkeit, dass der Arbeitgeber kündigt. Standesessen sollten alle Beteiligten versuchen, die Betroffenen am

Arbeitsplatz zu behalten, allenfalls mit anderen Aufgaben oder temporärer Entlastung.

Weil krankheitsbedingte Arbeitsabsenzen vielfach eine Inaktivierung einleiten, wurde Ärzten, Arbeitgeberinnen oder Versicherungen das Recht zur Frühmeldung solcher Fälle an die Invalidenversicherung (IV) eingeräumt. Rund 25 Prozent der jährlich über 11 000 Frühmeldungen an die IV erfolgen durch die Tagelgeldversicherer. Gemessen an der Zahl der Krankenschreibungen können es allerdings mehr sein. Drei angefragte Tagelgeldversicherer geben denn auch an, dass sie in der Frühphase lieber selber beim Arbeitgeber intervenieren, statt dies der IV zu überlassen. «Die Versicherer kennen in der Regel die Arbeitgeber bereits, weil das ihre Kunden sind», sagt Patrick Weibel, Direktionsmitglied der CSS. «Die IV ist meistens zu weit weg von den Fällen und unternimmt bei Meldungen in einer Frühphase nicht viel.»

Eine andere Versicherung begründet die Zurückhaltung bei der Frühmeldung an die IV damit, dass sie die eigenen Case-Manager für kompetenter halte. Die Tagelgeldversicherer melden Krankheitsfälle meist erst nach vier bis fünf Monaten der IV. Alle Versicherungen betonen, dass sie die Zunahme der Tagelgebürge nicht einfach hinnähmen. Heilsana verweist etwa darauf, dass sie den Unternehmen ein betriebliches Gesundheitsmanagement anbiete.

Die Ärzte wehren sich gegen den Vorwurf, leichtfertig Zeugnisse auszustellen. «Wir befinden uns in einem Spannungsfeld zwischen ärztlicher Tüchtigkeit, den Erwartungen des Patienten, des Arbeitgebers und der Sozialversicherungen», sagt Peter Wiederstein, Rheumatologe und Präsident der St. Galler Ärztesellschaft. Diese reagiere auf die Kritik an Atzzeugnissen mit einem runden Tisch mit allen Beteiligten. Aus der Zusammenarbeit resultierte ein neues Atzzeugnis, das sich zunehmend in der ganzen Schweiz durchsetzt.

Milliarden an Sparpotenzial

Auf dem Zeugnis wird mit dem Einverständnis des Patienten vermerkt, ob der Arzt eine Rückspache mit dem Arbeitgeber wünscht. Damit werde diesem die Kontaktaufnahme mit dem Arzt erleichtert und Misstrauen abgebaut, sagt Wiederstein. Falls der Arbeitgeber genauere Angaben über die Gründe der Absenz wünscht, kann er ein detailliertes Zeugnis verlangen. In einem Pilotversuch im Kanton St. Gallen seien mit dem neuen Zeugnis sowie einem Präsenz- und Gesundheitsmanagement in den Betrieben die krankheitsbedingten Fehlzeiten um über 30 Prozent reduziert worden. Bei gesamtschweizerisch rund 200 Millionen ausgefallenen Arbeitsstunden ergebe sich ein Sparpotenzial von mehreren Milliarden Franken.

Für Baer belegt der erhebliche Rückgang der Fehlzeiten im Pilotversuch, dass vielfach unnötig oder zu lange Krankenschreibungen wird. Allerdings genügen das neue Atzzeugnis und ein Gesundheitsmanagement nicht. Wie etwa in Schweden müssten in der Schweiz Richtlinien erarbeitet werden, die den Ärzten Kriterien vorgeben würden, bei welchen psychischen Problemstellungen am Arbeitsplatz Krankenschreiben angezeigt und wann andere Massnahmen nützlicher seien.